

anno ... 2. Woche

1912, 12. Januar: Bei den Reichstagswahlen erzielt die Sozialdemokratie ihren größten Wahlsieg vor dem Ersten Weltkrieg: Sie wird mit 110 Mandaten stärkste Fraktion im Reichstag. Unter den Abgeordneten ist auch Karl Liebknecht, der als erster Sozialdemokrat im Wahlkreis Potsdam-Spandau, Osthavelland, dem sogenannten Kaiserwahlkreis, gewählt wurde. Reichsweit hat jeder dritte Wähler für die SPD votiert, in Berlin errangen die Sozialdemokraten rund 75 Prozent der gültigen Stimmen.

1917, 7. Januar: In Berlin findet eine Reichskonferenz der oppositionellen Sozialdemokratie (Zentristen und Linke) mit 157 Delegierten statt. In der Debatte um Trennung oder Verbleib in der Partei wird mit 111 Stimmen die Resolution der »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« angenommen. Diese sieht ein Festhalten am Status quo im Namen der »Einheit« und ohne die von Linken geforderte »Beitragssperre« vor. Die Resolution der Spartakusgruppe erhält 34 Stimmen. Dennoch beschließt der Parteiausschuß der SPD am 18. Januar d. J. den Ausschluß der oppositionellen Kräfte aus der Partei.

1922, 8.-12. Januar: In Leipzig findet der Parteitag der 1917 gegründeten USPD statt. In einem Manifest wird die Sozialisierung der Schlüsselindustrien gefordert und die Solidarität mit Sowjetrußland bejaht, eine Einheitsfront mit der KPD hingegen abgelehnt.

1922, 10. Januar: In einem Brief an den Zentralausschuß der KPD nehmen Lenin, Bucharin, Radek, Sinowjew und Trotzki Stellung zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD nach den Märzkämpfen 1921. Sie verurteilen darin u. a. die spalterische Tätigkeit eines Teils der innerparteilichen Opposition um die vom ehemaligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi geführte Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG).

1947, 11. Januar: Im Ergebnis einer Verhandlung der SED-Spitze (Pieck, Grotewohl, Ulbricht, Fechner) mit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) werden die Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone eingestellt. Für die Demontage vorgesehene Betriebe werden in SAG (Staatliche Aktiengesellschaften) umgewandelt und die Reparationsentnahmen aus deren laufender Produktion herabgesetzt.

1952, 11. Januar: Der Bundestag ratifiziert gegen die Stimmen der SPD den Vertrag über die Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), der daraufhin am 25. Juli d. J. in Kraft tritt. Das Abkommen zur ersten Integrationsorganisation Westeuropas war im April 1951 in Paris unterzeichnet worden, u. a. mit dem Ziel einer Abschirmung der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse der Montanindustrie gegen alle Forderungen nach Verstaatlichung.

<https://www.jungewelt.de/artikel/79378.anno-2-woche.html>